

**An den Bundespräsidenten,  
an den Deutschen Bundestag und  
an das Bundesverfassungsgericht  
der  
Bundesrepublik Deutschland**

Velbert, 03.01.2011

Petition Pet 1-17-09-703-005442  
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10  
System Deutschland ein Sanierungsfall?  
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster,  
Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....

**Sehr geehrter Herr Bundespräsident Wulff,  
sehr geehrter Herr Präsident Lammert,  
sehr geehrter Herr Präsident Vosskuhle,**

mit Schreiben vom 07.03.2010 habe ich den Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie angeschrieben und unser Schicksal, das Schicksal eines professionell arbeitenden Mittelständlers, der über mehr als 25 Jahre mit einer Weltklasseleistung einen wesentlichen Anteil am Aufbau der Branche für IT und Telekommunikation (ITK) erbracht hat, im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 10 Jahre dargestellt. Dieses Schreiben wurde an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages weitergeleitet und dort als Einzelpetition (Pet 1-17-09-703-005442) in eine Warteschlange eingereiht. Außer einer skandalösen Stellungnahme des beschuldigten Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, das trotz der Schwere ungeheuerlicher Vorwürfe alles leugnet und den Petenten diffamiert, habe ich nichts erreicht. Der aktuelle Stand unserer Petitionseingaben (Punkte 01-36) ist nachlesbar, mit Mausclick auf Internet-PDF

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1512.pdf>

Mit diesem Schreiben möchten wir weitere Abschnitte hinzufügen:

- 37. Massive Grundrechtsverletzungen ohne Abwehrmöglichkeit mit Negativ-Folgen für das System Deutschland**
- 38. Nicht akzeptable Grundeinstellung: Unbequeme Probleme abwehren, Zuständigkeit ablehnen, Verantwortung abschieben**
- 39. Ohne Wirkung definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundespräsidenten**

**40. Ohne Antwort definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundestagspräsidenten**

**41. Ohne Entscheidung nicht nachvollziehbar: Verfassungsbeschwerde zur Nutzung unseres Petitions-Grundrechtes**

### **Zu 37. Massive Grundrechtsverletzungen ohne Abwehrmöglichkeit mit Negativ-Folgen für das System Deutschland**

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.....Artikel 1 bis 19 GG beschreiben die Grundrechte, Artikel 20 aufwärts bis 115 I das politische und staatsorganisatorische System zum Schutz der Grundrechte. Aufgrund der Erfahrungen aus dem nationalsozialistischem Unrechtsstaat haben die im Grundgesetz verankerten Grundrechte besondere Bedeutung. Grundrechtsverletzungen sind heute völlig anders. Grundrechte stellen heute andere Herausforderungen, denen das staatsorganisatorische System nicht mehr gewachsen ist und die auf Kosten der Betroffenen in verantwortungsloser Weise nicht einmal wahrgenommen werden.

**Das Bundesverfassungsgericht soll als unabhängiges Verfassungsorgan** die Funktion der Grundrechte, das politische und staatsorganisatorische System bewahren und weiterentwickeln. Tatsächlich? Wir müssen das Gegenteil erleben.

Wir erleben eine wachsende Entfremdung zwischen den Bürgern und der Politik. Die Exekutive der Bundesrepublik Deutschland verliert immer mehr das Vertrauen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob nicht das gesamte System Deutschland in Mitleidenschaft gezogen ist. Stuttgart 21 zeigt, dass bei einer zunehmenden Anzahl von Bürgern ein massiver Vertrauensverlust vorhanden ist.

**Regierung und Verwaltung haben gelernt, Grundrechte auszuhebeln, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen.** Von den Gerichten ist das noch nicht erkannt worden. Der Schutz der Grundrechte ist viel wichtiger als z.B. der selbstverständliche Virenschutz, ohne den die Nutzung des Internet nicht mehr möglich ist. Es verfestigt sich der Eindruck, das nicht nur die Exekutive, sondern das gesamte System Deutschland großen Reformbedarf hat. Die 100.000 Demonstranten von Stuttgart 21 sind nur die Spitze eines Eisbergs. Die Dunkelziffer ist viel größer. **"Wutbürger"** ist das treffende Wort des Jahres 2010. Es ist zu einfach, dieses Wort des Jahres als Medienerfindung abzulehnen.

### **Zu 38. Nicht akzeptable Grundeinstellung: Unbequeme Probleme abwehren, Zuständigkeit ablehnen, Verantwortung abschieben**

Wie ist es möglich, dass mit einer folgenschweren UMTS-Auktion 2000 Existenz-Grundlagen vernichtet werden, die Innovationsfähigkeit einer führenden Zukunftsbranche (Punkt 25) begraben wird, ein Unternehmens-Genozid (Punkt 12) ausgelöst wird, ein Jahrhundert-Desaster zum Schaden von Deutschland (Punkt 35) veranstaltet wird, **ohne dass sich jemand darüber wundert?**

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hat der sensationsorientierte und unterhaltende Quotenjournalismus längst den verantwortungsbewussten Qualitätsjournalismus ersetzt. Infotainment und vordergründige Berichterstattung ohne relevante Hintergrund-Informationen sind bestimmend für die Redaktionsarbeit. **Rundfunkrat und Intendanz sind dafür verantwortlich.**

Wenn in grundgesetzlich verankerten Spitzenämtern, deren Besetzung

unabhängig von demokratischen Wahlen sind, ebenfalls die Quotendenke zur vorherrschenden Strategie in der Amtsführung wird, dann ist längst ein kritischer Zustand erreicht. **Bedauerliche, nicht akzeptable Grundeinstellung ist:** Unbequeme Probleme abwehren, zuständig sind andere, Verantwortung haben nur die anderen. Entscheidend ist nur, was der Popularität nützt.

### **Zu 39. Ohne Wirkung definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundespräsidenten**

In der Dankesrede vor der Bundesversammlung anlässlich der Wahl zum Bundespräsidenten am 30. Juni 2010 haben Sie, **sehr geehrter Herr Bundespräsident Wulff**, gesagt: "All denen, die eine andere Wahlentscheidung getroffen haben, bekunde ich selbstverständlich meinen Respekt. Ich bin überzeugt, dass es auch mit Ihnen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit kommen wird. Ich jedenfalls werde mich sehr bemühen, auch vielen Ihrer Erwartungen gerecht zu werden."

**Viele Bürger in Deutschland, die Sie hiermit nicht direkt angesprochen haben, sind frustriert, weil ihre Grundrechte in Politik und Verwaltung nicht mehr respektiert werden.** Sie haben mit Recht die Erwartung, dass der Bundespräsident mit dem moralischen Gewicht seines Amtes Unterstützung gibt, wenn ihre Grundrechte mit der Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt werden, wenn die Bundesregierung jeden Schaden und jede Verantwortung leugnet und sogar die infame Dreistigkeit besitzt, das Eigentum entrechteter Bürger für eigene Zwecke zu nutzen.

Dies ist nachlesbar in unserem Schreiben an Sie vom 14.07.2010, nachlesbar auch mit Mausclick auf Internet-PDF

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

In diesem Schreiben haben wir, Herr Bundespräsident, um Ihre Unterstützung unserer laufenden Petition beim Deutschen Bundestag gebeten, mit folgenden Abschnitten:

1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?
2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung
3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung
4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
6. CeBIT-Niedergang im 10. Jahr: Spiegelbild der ITK-Branche
7. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"
8. Petition zur Anerkennung unserer Grundrechte

**Wir bitten nach wie vor um Ihre Unterstützung unserer Petition** beim Deutschen Bundestag. Wir bitten um Unterstützung unserer Anträge gemäß den Punkten 29, 30 und 36 unserer Petitionseingaben (siehe Internet-Link zu Beginn des Schreibens). Wir bitten um Ihre Hilfe, mit dem Petitionsverfahren zu einer schnellen Entscheidung zu kommen.

### **Zu 40. Ohne Antwort definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundestagspräsidenten**

**Wir fordern mit der Petition nur Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann:** Schadenersatz und

Anerkennung. Wir wollen unser langjähriges, lebenslanges Know-how in ein Centrum für Innovationseffizienz und Innovationswachstum einbringen. Wir wollen den IT-Gipfel, der vor der Enteignung Bestandteil unserer Congressmessen war, wieder zu einer professionellen Congressmesse entwickeln, um der heruntergewirtschafteten ITK-Branche wieder auf die Beine zu helfen. Mit einem Qualitätsservice für Innovationswachstum und Innovationseffizienz (Effizienzsteigerung ist ein hochaktueller Beitrag ähnlich wie Effizienz-Strategien der Energiebranche) werden wir gedeckelte Mittelstandspotenziale erschließen und zu einem marktgetriebenen Innovationswachstum mit neuen Arbeitsplätzen beitragen. Wir haben unser Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell!

Mit Schreiben vom 28.05.2010 haben wir Sie, **sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert**, persönlich über unsere berechtigte Forderung (siehe Punkt 7 des Schreibens) informiert, nachlesbar mit Mausclick auf Internet-PDF:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

In diesem Schreiben haben wir, Herr Bundestagspräsident, um Ihre Unterstützung unserer laufenden Petition beim Deutschen Bundestag gebeten, mit folgenden Abschnitten:

1. Unsere Petition: Wirkungs- und chancenlos in der Warteschlange?
2. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung
3. Frequenzversteigerung 2010: Mahnmal für politische Verantwortung
4. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
5. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
6. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"
7. Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann

**Wir bitten nach wie vor um Ihre Unterstützung unserer Petition** beim Deutschen Bundestag. Wir bitten um Unterstützung unserer Anträge gemäß den Punkten 29, 30 und 36 unserer Petitionseingaben (siehe Internet-Link zu Beginn des Schreibens). Wir bitten um Ihre Hilfe, mit dem Petitionsverfahren zu einer schnellen Entscheidung zu kommen.

#### **Zu 41. Ohne Entscheidung nicht nachvollziehbar: Verfassungsbeschwerde zur Nutzung unseres Petitions-Grundrechtes**

Der Petitionsausschuss, der auf dem Petitions-Grundrecht basiert, wird von der Bundesregierung nicht mehr respektiert und selbst von Einrichtungen des Deutschen Bundestags missbraucht (z.B. um unangenehme Kritiken oder Beschwerden von Staatsbürgern in einer Warteschlange ruhig zu stellen). Auch diese Einstellung wird die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 weiter erhöhen. Dem zu kritisierenden, mangelhaften Respekt vor dem Petitionsausschuss ist die skandalöse Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zu unserer Petition zuzuschreiben. **Der Reformbedarf von Petitionsverfahren ist offensichtlich.**

Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht des Staatsbürgers und **nicht ein Grundrecht des Bundestags oder der Bundesregierung**. Der Petent muss heute genau den umgekehrten Eindruck haben. Daher sollte mit unserer Verfassungsbeschwerde (2 BvR 2418/10) eine grundrechtskonforme Neuausrichtung des Petitionsverfahrens

erreicht werden. In der heutigen Handhabung ist das Petitionsverfahren grundrechtswidrig; weil eine sinnvolle Nutzung des Petitions-Grundrechtes gerade in schwerwiegenden Fällen verhindert wird. Mit Sicherheit ist das nicht im Sinne der Grundrechte.

**Der Petent muss nach Bedarf Zugriff auf wirksame Verfahrensmittel haben,** deren Nutzung je nach Petition unterschiedlich sein dürfte (siehe Punkt 2 unseres Schreibens vom 16.11.2010 an das BVerfG. Besondere Befugnisse für den Petitionsausschuss außer Reichweite). Dafür ist auch eine petentenfreundliche Beratung und Unterstützung erforderlich, damit mit seiner Petition zumindest die Grundrechtsverletzungen beendet werden können.

In mehreren Schreiben an das Bundesverfassungsgericht, zusammenfassend in den Schreiben vom 16.11.2010 und 26.11.2010, habe ich unsere Verfassungsbeschwerde gegen das Petitionsverfahren begründet, nachlesbar mit Mausclick auf Internet-PDF:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Diese Schreiben umfassen folgende Punkte:

1. Erbärmlicher Missbrauch des Petitions-Grundrechtes
2. Besondere Befugnisse für den Petitionsausschuss außer Reichweite
3. Staatshaftung mit grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Bedeutung
4. Systematik des Staatshaftungsrechts ist bis heute verworren
5. UMTS-Auktion 2000 & Rechtswidrigkeit des hoheitlichen Eingriffs
6. Besonders schwere Nachteile bei Ablehnung der Verfassungsbeschwerde
7. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 auf unser Leben
8. Schwere Vorwürfe nicht nur gegen das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)
9. Schwere der Vorwürfe dem Petitionsausschuss von Anfang an bekannt
10. Weitere Zeitverzögerungen verschlimmern die verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion
11. Effizienzsteigerung des Petitionsausschusses gemäß grundgesetzkonformer Neuausrichtung dringend erforderlich
12. Petitionsrecht ist ein Grundrecht des Staatsbürgers und nicht ...

**Sehr geehrter Herr Präsident Vosskuhle!** Die 1. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat unter Ihrer Leitung einstimmig beschlossen, die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung anzunehmen. Eine Begründung gibt es nicht. **Wir bitten um Ihre Unterstützung unserer Petition** beim Deutschen Bundestag. Wie das möglich sein soll, wissen wir nicht. Wir bitten um Unterstützung unserer Anträge gemäß den Punkten 29, 30 und 36 unserer Petitionseingaben (siehe Internet-Link zu Beginn des Schreibens). Wir bitten um Ihre Hilfe, mit dem Petitionsverfahren zu einer schnellen Entscheidung zu kommen.

**Wir waren wehrlos,** als unsere Grundrechte mit der UMTS-Auktion 2000 und ihren verheerenden Folgewirkungen, mit rücksichtsloser Brachialgewalt staatlicher Macht ausgehebelt wurden, und wir kämpften seit 10 Jahren vergeblich um eine Rehabilitierung, obwohl wir mit einer vorbildlichen Weltklasseleistung zum Vorteil, zum Nutzen, für die Zukunft Deutschlands beigetragen haben. Das war unser Lebenswerk, wir haben nichts anderes gemacht, wir können nichts anderes. Heute gehören wir zu den unbequemen Problemen, die möglichst abzuwehren sind, für die möglichst andere zuständig

sind, für die möglichst nur andere Verantwortung haben.  
Das ist Deutschland 2010.

**Wir wünschen Ihnen ein gutes Neues Jahr 2011.** Wir hoffen, dass es ein gutes Jahr für Deutschland wird.

Mit freundlichen Grüßen



Albin L. Ockl

**Kopie des Schreibens** an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags

**PS.**

Unsere Petitionseingaben nach der Stellungnahme des BMWi vom 31.05.2010, nachlesbar mit Mausclick auf Internet-PDFs:

**Im Schreiben vom 28.06.2010** haben wir folgende Punkte ausgeführt:

1. Die Stellungnahme des BMWi ist unqualifiziert.
  2. Stellungnahme des BMWi ist irreführend
  3. Stellungnahme des BMWi: Gipfel der Unwahrheit
  4. Entgegen der Stellungnahme des BMWi: Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
  5. Das BMWi hat Deutschland großen Schaden zugefügt
  6. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
  7. Hitech-amputierte ITK-Branche 2010: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
  8. Stellungnahme des BMWi zu Grundrechten betroffener Unternehmer: Fehlanzeige, Grundgesetz vor Telekommunikationsgesetz
  9. Stellungnahme des BMWi ist nicht nur verantwortungslos, sie ist eine Unverschämtheit gegenüber dem Deutschen Bundestag
  10. Punkte der parlamentarischen Prüfung
- Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausclick:  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 12.07.2010:**

11. Wir klagen an: Verbrecherische Lüge des BMWi
  12. Wir klagen an: Unternehmens-Genozid des innovationsorientierten ITK-Mittelstands
  13. Stellungnahme des BMWi: Unerträgliche Infamie
  14. Stellungnahme des BMWi: Diffamierung unserer Kooperationswilligkeit in Fortsetzung
  15. Diffamierung unserer Anschreiben an das Bundeskanzleramt und das BMWi
  16. Personelle Verantwortung der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
  17. Aufarbeitung der geschilderten Vorgänge seit der UMTS-Auktion 2000
- Die Ausführung zu diesen Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausclick:  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1207.pdf>



Fortsetzung **im Schreiben vom 30.07.2010:**

- 18. Deutschland-Vision ohne UMTS-Auktion 2000 & ohne verheerende Folgewirkungen am Beispiel Estland & USA
- 19. Aufarbeitung und personeller Neuanfang: Voraussetzung für Trendwende
- 20. Erlöse aus der Mobilfunkversteigerung 2010: Priorität für Schadensbeseitigung aus UMTS-Auktion 2000
- 21. Was Deutschland und China gemeinsam haben: Menschenrechtsprobleme!  
Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausclick:  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet3007.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 09.08.2010**

- 22. Unsere Petition zu unseren Grundrechten: Hilferuf wehrloser Bürger  
Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausclick:  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet0908.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 23.08.2010**

- 23. Beweis und Zeugnis für unglaubliche Vorgänge der UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen aus der Sicht eines führenden Großunternehmens
- 24. UMTS-Auktion 2000 mit transatlantischer Schadensdimension: Erkenntnisse und Konsequenzen nach 10 Jahren
- 25. Deutschland 2010: ITK-Innovationsfähigkeit verloren. Innovationsfähigkeit wiedererlangen?  
Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausclick:  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2308.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 18.10.2010**

- 26. Verfassungsbeschwerde zu unserem Petitionsverfahren
- 27. Gegenstand dieser Verfassungsbeschwerde
- 28. Hintergrund zu unserem Petitionsverfahren  
Die Ausführungen zu diesen Punkten sind nachlesbar im Internet mit Mausclick:  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1810.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 02.12.2010**

- 29. Präsentation unseres Congressband-Archivs als sichtbarer Beweis (Antrag)
- 30. Zeugenbefragung als Mittel der Beweisführung (Antrag)
- 31. Besondere Befugnisse für den Petitionsausschuss gemäß Art 45c (2) des Grundgesetzes
- 32. Rehabilitierung unserer Congressmessen mit einem Centrum für Innovationstransfer und Innovationseffizienz
- 33. Petitionsausschuss muss jetzt handeln !  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet0212.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 15.12.2010**

- 34. IKT-Standort Deutschland 2009 mit weiterhin rückläufiger Marktbedeutung: Niedergang der ITK-Branche geht in das 11. Jahr!
- 35. Telekommunikationsgesetz: Kein Freibrief für ein Jahrhundert-Desaster
- 36. Eil-Antrag: Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels zur Wiedergewinnung der Innovationsfähigkeit in der ITK-Branche  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet1512.pdf>

Fortsetzung **im Schreiben vom 03.01.2011**

- 37. Massive Grundrechtsverletzungen ohne Abwehrmöglichkeit mit Negativ-Folgen für das System Deutschland
- 38. Nicht akzeptable Grundeinstellung: Unbequeme Probleme abwehren, Zuständigkeit ablehnen, Verantwortung abschieben

39. Ohne Wirkung definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundespräsidenten

40. Ohne Antwort definitiv inakzeptabel: Unser Schreiben an den Bundestagspräsidenten

41. Ohne Entscheidung nicht nachvollziehbar: Verfassungsbeschwerde zur Nutzung unseres Petitions-Grundrechtes

> > > **siehe oben**